

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 219038/39
Telex: 886846 pbbn d



Inhalt

41. Jahrgang / 6

9. Januar 1986

Dr. Volker Hauff MdB zur Behauptung vom unaufhaltsamen Aufstieg des sauberen PKW: Ein großer Bluff.

Seite 1

Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB fordert Konsequenzen aus den Massenentlassungen in Südafrika: Bonn muß seine Position gegenüber Pretoria endlich revidieren.

Seite 3

Horst Peter MdB kommentiert die Auseinandersetzungen um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter: Eine Momentaufnahme bundesdeutscher Wirklichkeit.

Seite 5

Ein großer Bluff

Zur Behauptung der Bundesregierung vom Aufstieg des schadstoffarmen PKW

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die These der Bundesregierung vom unaufhaltsamen Aufstieg des sauberen PKW entpuppt sich mehr und mehr als Bluff - trotz des steigenden Anteils der als schadstoffarm bezeichneten PKW an den monatlichen Neuzulassungen. Richtig ist vielmehr, daß die Umweltpolitik dieser Bundesregierung auf dem Automobilmarkt eine Entwicklung in Gang gesetzt hat,

- bei der der Katalysator, also die fortschrittlichste Technologie zur Minderung der Autoschadstoffe verdrängt wird und
- bei der die Luftverschmutzung im Straßenverkehr noch bis in die 90er Jahre erhalten bleibt.

Die Zahlen: Mit der fortschrittlichsten Abgastechnik für Ottomotoren - dem geregelten Drei-Weg-Katalysator - sind gerade 1,9 Prozent der 2,2 Millionen Neuzulassungen 1985 (Januar bis November) ausgestattet. Die fortschrittlichste Rußminderungstechnik, wie sie für Diesel entwickelt ist, hat gerade

Verlag und Redaktion:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with special care for
the environment



3,2 Prozent der Neuzulassungen. Rund die Hälfte der als schadstoffarm bezeichneten Neuzulassungen erfüllt lediglich die Europa-Norm oder ist nur „bedingt schadstoffarm“, und bleibt deshalb weit hinter den technischen Möglichkeiten zur Schadstoffminderung zurück.

Mit anderen Worten: Die Umweltpolitik der Bundesregierung führt dazu, daß sich nicht die modernste Technik durchsetzt. Das, was technisch möglich wäre, wird nicht getan. Eine veraltete Technik setzt sich durch.

Eine der Folgen dürfte sein, daß die Automobilindustrie ihre Werbung für Katalysator-Fahrzeuge inzwischen wieder eingeschränkt hat und statt dessen darstellt, mit welchem geringem Aufwand die laschen EG-Grenzwerte erfüllt werden können.

Rund die Hälfte der wundersamen Vermehrung der sogenannten schadstoffarmen PKW in der Bundesrepublik geht übrigens nicht auf Neuzulassungen, sondern auf reine Umschreibungsaktionen zurück: Über 200.000 Diesel-Besitzer haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, die lasche Europa-Norm mit einem Federstrich zu erfüllen. Das Ergebnis: Zwei Drittel des sogenannten schadstoffverminderten PKW-Bestands sind deshalb Diesel-PKW in Europa-Norm. Die Luft wird so nicht sauberer.

Hoffen wir, daß der Wald lesen kann, damit er erkennen kann, was Bundesinnenminister Zimmermann alles Gute für ihn getan hat.

(-/9.1.1986/rs/ks)

+ + +



Südafrika-Politik endlich revidieren

Borin darf die Massenentlassungen im Apartheidstaat nicht ignorieren

Von Professor Dr. Ingomar Hauchler MdB

Die Entlassung von 20.000 schwarzen Arbeitern durch das südafrikanische Platinwerk Impala und die Drohung, weitere 10.000 Arbeiter zu entlassen, signalisiert, daß die weiße Minderheit nicht gewillt ist, zu einer friedlichen Verständigung mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu kommen.

Die Entlassungen, die nach einem nur fünftägigen Streik ausgesprochen wurden, sind ein Akt der Gewalt: Wo das politische Regime mit Todesschüssen, Inhaftierung, Folterung, Verbannung und Zensur die aufbrandende Welle des Widerstandes nicht brechen kann, wird jetzt massenweise den schwarzen Menschen die wirtschaftliche Grundlage ihres Lebens entzogen. Wo die politische Bürgerrechtsbewegung nicht zum Schweigen gebracht werden kann, soll vermehrt die wirtschaftliche und soziale Interessenvertretung der Schwarzen, die Gewerkschaften, getroffen werden.

Angesichts des sich verdichtenden Netzes von politischem und wirtschaftlichem Terror von oben ist es geradezu grotesk, wenn ein Gewaltregime wie Pretoria Gewaltlosigkeit von denen fordert, die nichts anderes verteidigen als Leben und Menschenwürde. Mandela verdient Respekt, wenn er diesen unmenschlichen Handel ablehnt und seine persönliche Freiheit nicht dadurch erkauft, daß er seine Mitbrüder auffordert, sich der Gewalt von oben zu fügen.

Die weiße Minderheit zeigt sich uneinsichtig. Man kann ihren Lippenbekenntnissen keinerlei Glauben mehr schenken. Sie hat keinen Plan für einen friedlichen Übergang zu einer Gesellschaft in der Weiße und Schwarze mit gleichen Rechten zusammenleben und arbeiten. Sie glaubt, mit dem inneren Widerstand fertig zu werden, weil sie sich immer noch im geheimen Einverständnis mit den großen westlichen Industrieländern glaubt. Sie rechnet damit, daß diese aus geopolitischen, rohstoffpolitischen und ideologischen Gründen ein Interesse haben, das weiße Regime nicht unter Druck zu setzen.



Man mag gespannt sein, wie die Regierung Kohl/Genscher auf die jüngsten Massenentlassungen reagieren wird. Wird sie weiterhin Ausflüchte suchen? Wird sie diese neue Kampfansage gegen 30.000 schwarze Arbeiter und ihre Familien untätig registrieren? Wird sie, die Menschenrechte im Munde führend, die eigenen Wirtschaftsinteressen über das Recht der Schwarzen in Südafrika auf Arbeit und Leben stellen?

Die Bundesregierung muß spätestens jetzt Ihre Südafrika-Politik revidieren und energische Maßnahmen einleiten, um ihre Zusammenarbeit mit Pretoria zumindest schrittweise einzustellen, falls die von ihr gestellten Forderungen nicht erfüllt werden.

Dazu gehören: Die Erklärung, nach einem festen Zeitplan alle Grundrechte herzustellen und freie allgemeine Wahlen durchzuführen. Die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen mit den von der schwarzen Bevölkerung genannten Führern. Um dies zu gewährleisten müssen die politischen Gefangenen ohne Vorbedingungen entlassen werden und völlige politische und gewerkschaftliche Freiheit hergestellt werden.

Wenn die südafrikanische Regierung nicht unverzüglich diese Zusagen macht und sie in kurzer Zeit einlöst, muß die Bundesregierung folgende Schritte einleiten. Sofortmaßnahmen: Einstellen des Luftverkehrs mit Südafrika, Visumzwang für Südafrikaner, Einstellen aller wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen, Stopp für deutsche Investitionen, Kredite und Exportförderungen und des Verkaufs des Krügerlands.

Die Bundesregierung muß darüber hinaus die Einstellung jeglichen Wirtschaftsverkehrs mit Südafrika ankündigen, falls die Sofortmaßnahmen zu keiner schnellen Reaktion Südafrikas führen. Diese Maßnahmen sollen der südafrikanischen Regierung nach einem Rückruf des deutschen Botschafters in Südafrika in einer Demarche unverzüglich mitgeteilt werden. Des weiteren soll die Bundesregierung auf eine Konferenz der europäischen Außenminister dringen, in der diese genannten Maßnahmen als Grundlage für eine gemeinsame europäische Initiative vorgeschlagen werden.

(-/9.1.1986/ bb/ks)

+ + +



Eine Momentaufnahme bundesdeutscher Wirklichkeit

Anmerkungen zu den Auseinandersetzungen um die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter

Von Horst Peter MdB

Der Schatten Hitlers verblaßt. Die jungen Leute von CDU/CSU treten endlich, getreu der Forderung Alfred Dreggers, aus Hitlers Schatten heraus. Die wiederaufgegangene, steil am Firmament stehende Sonne deutscher Selbstgerechtigkeit und Selbstmitleides beleuchtet grell die deutsch-nationale Szene der Nachgeborenen.

Die Äußerungen der Deutschen Bank, auch wenn sie nun dementiert und auf einen jungen Pressesprecher geschoben werden, und des CSU-Abgeordneten Feilner decken, gerade weil sie von jungen Leuten unkontrolliert kommen, die wahre Mentalität derjenigen auf, die sich wegen der „Gnade der späten Geburt“ unschuldig am Faschismus wähnen: Sie sind „Demokraten“, weil man heute Demokrat ist. Sie sind Mitläufer der Demokratie, wie ihre Väter nach 1945 Mitläufer der Demokratie geworden sind. Sie wären vor 1945 Mitläufer geworden, wie es ihre Väter tatsächlich waren.

Das ist der wahre Sinn dieser Gnade: Man mußte die Probe, ob man nach 1933 Faschist geworden wäre, nicht bestehen, und man ist sich nicht sicher, ob man diese Probe bestanden hätte. Die jungen Leute von CSU und Deutscher Bank demonstrieren, wie diese Probe ausgefallen wäre.

Gerade die Deutsche Bank hätte zu diesem Thema besser geschwiegen. Die jüngst veröffentlichten OMGUS-Dokumente belegen die Verquickung der Deutschen Bank mit dem faschistischen System. Von Flick war nichts anderes zu erwarten: Diese Familie denkt unter diesen und jenen Herren nur an's Geldscheffeln. Ihre Opfer sind ihnen gleichgültig.

Diese Momentaufnahme bundesdeutscher Wirklichkeit 41 Jahre nach Ende der faschistischen Herrschaft in Deutschland kehrt hervor, was von den moralischen Fundament der Bundesrepublik vorspiegeln-



den Floskeln, was von Kohls „Versöhnungs“-Gerede vom 8. Mai 1985 zu halten ist. Immer war nur von der Versöhnung der ehemaligen Kriegsgegner die Rede. Mit dieser Art der „Versöhnung über den Gräbern“ ist nicht genug getan. Das ist die Versöhnung der Mitläufer, derjenigen, die Hitler stützten und sich mit der Unterwerfung unter die Amerikaner freikaufen. Die wahre Versöhnung steht noch aus: Die Versöhnung der Deutschen. Nicht die Mitläufer und die Spätgeborenen haben die Versöhnung anzubieten, nur die Opfer haben dieses Recht.

Der Kreis zu Flick schließt sich: Wie sich Flick aus der moralischen Verpflichtung stiehlt, weil es keine rechtliche Schuld gibt, so ist die Geschichte der sogenannten Wiedergutmachung und der Entschädigung der Opfer des Faschismus durchzogen von kleinlichen und schikanösen Prozeduren gegenüber den Opfern. Eine deutsche Demokratie, die aus dem Widerstand geboren und die sich mit den Opfern identifiziert, hätte den Opfern zu allererst zu ihrem Recht verholfen.

Aber die Adenauer- und Enkeldemokratie war - versteckt hinter den Formeln der Rechtskontinuität, Besitzstandswahrung und der Rechtsnachfolge - nur großzügig gegenüber den Tätern. Während SS- und Wehrmachtsgeneräle und Nazirichter ungestört ihre Pensionen verzehren, warten die Opfer wie die Sinti und bis gestern die Flick-Zwangsarbeiter noch immer.

Feldmühle zahlt fünf Millionen. Zu spät: Für die Opfer. Zu spät: Das unwürdige Gezerre um die Entschädigungszahlungen kann nicht mehr ungeschehen gemacht werden. Kohl schweigt. Weiß der Mann, was er sagt, wenn er von Moral redet?

Aus alledem muß man „wohl oder übel den Schluß ziehen: daß...weder Reue noch Einkehr oder Einsicht an die Stelle der vorausgegangenen Hybris getreten ist“ (Rene König). (-/9.1.1986/rs/ks)

+ + +